Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.

AWO Landesverband fordert:

Kitaausbauziele absichern durch zusätzliche flankierende Maßnahmen

„20 Millionen Euro stellt Berlin in den Jahren 2012 und 2013 für den bedarfsgerechten Ausbau des Berliner Kita-Angebots zur Verfügung. Bis Ende 2015 soll es bis zu 19.000 neue Kitaplätze geben, von denen bis zu 11.000 Plätze aus dem Landesprogramm entstehen."
http://www.berlin.de/sen/familie/kindertagesbetreuung/fachinfo.html

19.000 neue Kitaplätze bis 2015 erfordern erhebliche gemeinsame Anstrengungen von Trägern und dem Land Berlin. Landes- und Bundesmittel unterstützen bereits den Ausbau zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz ab Sommer 2013. Dennoch entstehen Trägern, die bereit sind zur Errichtung neuer Plätze, erhebliche finanzielle Belastungen, die nicht durch eine Refinanzierung im Kostenblatt gedeckt sind.

Allein durch das Aufbringen ihres Eigenanteils im Bundes- und Landesprogramm summieren sich bei größeren Bauvorhaben und Sanierungen Kosten im hohen fünfstelligen und im sechsstelligen Bereich pro Träger. Die Kostenblätter zur Finanzierung der Kindertagesstätten enthalten jedoch nur Positionen zur Instandhaltung an Dach und Fach. Mieten oder Erbpachten decken sie nicht. Umfangreiche Sanierungen können Träger nur durch Aufnahme von Krediten aufbringen. Damit sind sie doppelt belastet:

- durch langjährige Zinsbelastungen
- durch den Sanierungsaufwand selbst

Die Kreditfinanzierung erfordert Sicherheiten in Größenordnungen, die Träger i.d.R. nur durch Beleihen des Grundstücks erbringen können. Dies ist nur möglich, wenn sie Grundstücke ohne zusätzliche weitere Kosten erwerben können und Eigentumsrechte erhalten.

Bei der aktuellen Diskussion zur Vergabe von Erbbaurechten sieht die AWO folgende Problemstellungen bisher nicht berücksichtigt:

1. Die Erfahrungen mit entsprechenden Verhandlungen in den Berliner Bezirken zeigen, dass es bis zu 10 Jahre dauern kann, bis die Verträge abschlussreif sind.

   Die Substanz der bereits überlassenen Gebäude leidet in diesem Zeitraum weiter und Neubauten können nicht zeitnah errichtet werden.

2. Bei Erbbaurechten werden von den Banken Kredite nur zu einem Drittel des Gebäudewertes ausgereicht. Dies reicht weder für grundlegende Sanierungen noch für Neubauten.

Da hierfür bisher kein Lösungen in Aussicht stehen, präferiert die Arbeiterwohlfahrt weiterhin das Modell des 1 € – Kaufs und fordert das Abgeordnetenhaus auf, Träger von Kindertagesstätten mit hohem Sanierungsbedarf auch zukünftig mit diesem Modell zu unterstützen.

Die in der letzten Legislatur beschlossenen Auflagen und Verfahren sind bereits so aufwändig, dass das Instrument nur sehr restriktiv eingesetzt wurde und die Verfahren z. T. mehrere Jahre dauerten. Hier ist es erforderlich, den Aufwand realistisch zu gestalten.

Im Interesse des dringend erforderlichen Kitaplatzausbaus sieht die AWO schnellen Handlungsbedarf. Neben anderen Modellen ist das Instrument des 1 € – Kaufes auch weiterhin erforderlich zum Ausbau und zur Sicherung von Kitaplätzen und als Investition in eine nachhaltige Infrastruktur.

Die AWO mahnt eine schnelle Entscheidung an!